



uni-info

HERAUSGEBER: PRESSE- UND INFORMATIONSTELLE DER UNIVERSITÄT OLDENBURG, 29 OLDENBURG, POSTFACH 2503, TELEFON: 73041, TELEX-NR. 25655 UNOL D. REDAKTION: GERHARD HARMS (VERANTWORTLICH) MIT NAMEN GEZEICHNETE ARTIKEL GEBEN DIE PERSÖNLICHE MEINUNG DES VERFASSERS WIEDER. NACHDRUCK NUR NACH RÜCKSPRACHE MIT DER REDAKTION. (DER GRÜNDUNGS-AUSSCHUSS, DAS KONZIL UND DER SENAT HABEN EINSTIMMIG BESCHLOSSEN, DASS DIE UNIVERSITÄT DEN NAMEN CARL-VON-OSSIETZKY-UNIVERSITÄT FÜHRT. DER NIEDERSÄCHSISCHE MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST HAT SICH DER FÜHRUNG DIESES NAMENS DURCH DIE UNIVERSITÄT BISHER WIDERSETZT.)

20. Juni
12/78

Konzil wählte keinen Rektor

Von Maydell und Pfaffenberger zogen ihre Kandidatur überraschend zurück

Carl-von-Ossietzky-Universität in Selbstverwaltungsangelegenheiten

Lediglich mit einer Gegenstimme hat das Konzil der Universität auf seiner Sitzung am vergangenen Mittwoch beschlossen, daß die Hochschule künftig in Selbstverwaltungsangelegenheiten den Namen »Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg« trägt. Die Namensgebung, so das Konzil, sei Ausdruck des mit Zustimmung des Ministers für Wissenschaft und Kunst im Paragraphen 1 der Grundordnung niedergelegten gesellschaftlichen Auftrages. Der Beschluß bedarf noch der förmlichen Bestätigung durch den Senat.

Der Konzilsvorstand begründete den von ihm eingebrachten Antrag damit, daß er es im Hinblick auf die Namensgebungs-Bestimmungen des NHG für unabdingbar halte, in juristischer Hinsicht einen Gleichstand mit anderen niedersächsischen Universitäten zu erreichen, die - wie die Universitäten Göttingen und Braunschweig - in Selbstverwaltungsangelegenheiten einen eigenen Namen führen.

Die Regelung im neuen Hochschulgesetz sieht vor (Paragraph 1, Absatz 6), daß der im Hochschulgesetz verankerte Name der Hochschule »um einen auf ihre besondere Aufgabenstellung hinweisenden Zusatz erweitert wird«. Dabei soll offensichtlich die traditionelle Namensführung zum Beispiel der Universität Göttingen nach dem Landesherrn aus dem 18. Jahrhundert, Georg August, weiter möglich sein.

In einer Erklärung vor der Presse meinte dazu Rektor Professor Rainer Krüger, die Universität sei bisher bestrebt gewesen, die Namensgebung nicht als formalrechtliches Problem zu behandeln, »sondern als eine politisch zu entscheidende Frage nach dem

Stellenwert demokratischer Tradition in unserem Staat und der gesellschaftlichen Verantwortung wissenschaftlicher Arbeit«. Dieser politischen Klärung habe sich der niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst widersetzt. Mit der Verabschiedung des Gesetzes sei nunmehr eine rechtliche Klärung der Namensführung notwendig geworden.

Krüger wörtlich: »Die Universität wird den Namen Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg als Ausdruck des mit Genehmigung des Ministers in Paragraph 1 der Grundordnung niedergelegten gesellschaftlichen Auftrages führen, ihre Aufgaben in Verantwortung gegenüber der Gesellschaft zu erfüllen, den kritischen Auftrag und die politische Verantwortung der Wissenschaft in der Gesellschaft wahrzunehmen und dadurch zur demokratischen Entwicklung einer sozialen Gesellschaftsordnung beizutragen. Den Namen des konsequenten Demokraten und Trägers des Friedensnobelpreises Carl von Ossietzky hält die Universität für hervorragend geeignet, diese besondere Aufgabenstellung der Universität zu verdeutlichen.«

Die Führung eines Namens im Selbstverwaltungsbereich heißt im übrigen, daß die Universität lediglich im administrativen Bereich (z.B. Haushalts- und Personalangelegenheiten) den Namen »Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg« nicht führt. gh

Letzte Meldung

Inzwischen hat das Wissenschaftsministerium in einem Fernschreiben den Beschluß des Konzils als rechtswidrig bezeichnet und in einer Rechtsmittelbelehrung darauf hingewiesen, daß die Hochschule gegen diesen Bescheid beim Verwaltungsgericht klagen kann.

Vor einer nicht einfachen Situation steht die Oldenburger Universität, nachdem die einzigen Kandidaten für das Amt des Rektors und seines Stellvertreters, Professor Jost von Maydell und Professor Wolfgang Pfaffenberger, auf der Konzilssitzung am vergangenen Mittwoch ihre Kandidatur offiziell zurückgezogen haben. Denn zur Zeit ist niemand in Sicht, der sich erfolgversprechend für die Wahl des Übergangsrektors zur Verfügung stellt. So ist denkbar, was die beiden Ex-Kandidaten gern vermieden hätten: daß in der Phase, in der das am 1. Oktober in Kraft tretende NHG wirksam wird, nicht ein gewähltes, sondern ein kommissarisch amtierendes Rektorat an der Spitze der Universität steht.

Von Maydell und Pfaffenberger zogen die ihrer Meinung nach richtigen Konsequenzen aus den mit den Hochschulgruppen zuvor geführten Gesprächen, die nicht die erhoffte breite Zustimmung für ihre Kandidatur gezeitigt hatten.

So sprachen sich die ÖTV-Betriebsgruppe und fast alle studentischen Grup-

In der Zeit vom 15. bis 20. Juni 1978 wurden die Rückmeldeunterlagen zum WS 1978/79 an alle Studenten der Universität Oldenburg verschickt. Das Immatrikulationsamt bittet diejenigen Studenten, die ihre Unterlagen noch nicht erhalten haben, sich im Immatrikulationsamt, Raum A 112, zu melden. Rückmeldeschluß ist der 30. Juni 1978.

pen (Ausnahme: RCDS) in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Wahl von Maydells, der von der liberalen Hochschullehrergruppe »Demokratische Hochschule« aufgestellt worden war, und Pfaffenbergers, der dem Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi) angehört, aus. Während die ÖTV-Betriebsgruppe in einer Stellungnahme die Befürchtung äußerte, die beiden Kandidaten würden sich nicht

Fortsetzung auf Seite 2

Krisenforschung und Arbeitsmarktpolitik

AK »Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung« tagt in Oldenburg

Die Beschäftigungskrise als Teil umfassender ökonomischer, ökologischer und sozialer Krisenhaftigkeit, die verschärften Arbeitsmarktprobleme in den Nordwestregionen Ostfriesland, Emsland und Oldenburg sowie Konzepte für eine produktive Arbeit außerhalb der privatwirtschaftlich rentablen Produktion sind die zentralen Gesichtspunkte eines Forschungsmarkts »Krise, regionale Arbeitsmarktentwicklung und alternative Reaktionsmöglichkeiten«, das von den Professoren Alexander Krafft (Wirtschaftswissenschaft), Gerd Vonderach (Soziologie) und dem Forschungsmitarbeiter Dipl.-Volkswirt Alfred Tacke im Rahmen des Projektes »Arbeitsmarktentwicklung und Arbeitsmarktpolitik« formuliert wurde.

Das Konzept der Oldenburger Forschungsgruppe wurde auf wissenschaftlichen Tagungen zweier Arbeitskreise vorgestellt, in denen die Oldenburger Mitglieder sind. In Dortmund wurde auf der konstituierenden Sitzung des Arbeitskreises »Krise und Wandel der Industriegesellschaften« innerhalb der Sektion Industrie- und Betriebssoziologie referiert. Dabei wurden Arbeitsansätze von sieben Forschungsgruppen der Universitäten

Maydell und Pfaffenberger zogen Kandidatur zurück

Fortsetzung von Seite 1

genügend um die Belange der Dienstleister kümmern, begründeten die Studenten ihre Haltung damit, daß von Maydell und Pfaffenberger sich im Zweifelsfall bei der Durchsetzung des NHG auf eine legalistische Position zurückziehen würden. Es müsse aber in der Universität eine von allen Statusgruppen getragene Plattform erarbeitet werden, die die de facto Nichtumsetzung des NHG zum Inhalt habe. Dazu Pfaffenberger und von Maydell in einer gemeinsamen Erklärung: »Es ist eine Illusion anzunehmen, es gehe in Hinblick auf die Rektorwahl um die Frage der 'Anwendung' oder 'Nicht-Anwendung' des NHG! Wer immer künftig Rektor oder auch Präsident dieser Universität sein wird, er wird im Geltungsbereich des NHG amtierenden müssen.«

Aber nicht nur bei den Studenten und ÖTV-Dienstleistern war die Wahl des derzeitigen Fachbereichsvorsitzenden von Maydell und des Wirtschaftswissenschaftlers Pfaffenberger zu diesem Zeitpunkt nicht unumstritten. Der Hochschulpolitische Arbeitskreis (HAKO) hätte die Wahl gern um zwei oder drei Wochen verschoben, um die inneruniversitäre Diskussion über die Handhabung des Amtes im Zusammenhang mit dem NHG und die Strukturprobleme der Hochschule ohne Vorentscheidung fortsetzen zu können. Auch vom BdWi liegt ein umfangreicher Fragenkatalog vor, der einer längeren Erörterung bedürfte.

Bremen, Dortmund, Frankfurt und Oldenburg ausgetauscht.

In Nürnberg stellten die Oldenburger ihr Konzept auf einer Tagung des Arbeitskreises »Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung« dar. In diesem seit einem Jahr tätigen und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützten Arbeitskreis arbeiten gewerkschaftsnahe Forschungsgruppen aus sechs Hochschulen und vier Forschungsinstituten zusammen: Universität Bielefeld, Bochum, Hannover, Oldenburg, Gesamthochschule Paderborn und Wuppertal, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg), Institut für sozialwissenschaftliche Forschung (ISF, München), Internationales Institut für Management und Verwaltung (Wissenschaftszentrum Berlin) und das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI, Düsseldorf).

Engen der herrschenden neoklassischen Wirtschaftstheorie und -politik, vertreten die beteiligten Wissenschaftler arbeitnehmer- und gewerkschaftsorientierte Ansätze einer Arbeitsmarkttheorie und -politik.

Die nächste Tagung des Arbeitskreises wird am 26. und 27. Juni in der Universität Oldenburg durchgeführt. Auf die-

Die Forderung nach einer solchen Diskussion war allerdings erst erhoben worden, nachdem Rektor Professor Rainer Krüger und sein Stellvertreter Professor Friedrich W. Busch erklärt hatten, sie würden für die Wahl des Übergangsrektors nicht zur Verfügung stehen. Dazu von Maydell: »Erst zu diesem Zeitpunkt erklärten wir uns zur Kandidatur bereit.« Nach Rücknahme der Kandidatur werden Krüger und Busch möglicherweise gegen ihren erklärten Willen über den 1. Oktober hinaus kommissarisch weiter amtierenden müssen, es sei denn, es würden sich neue Kandidaten bis zur nächsten Konzilsitzung finden lassen. Von Maydell und Pfaffenberger wollen in jedem Fall bei ihrem Entschluß bleiben, nicht zu kandidieren. (Ihre Stellungnahme auf Seite 3).

Habilitationsordnung

Der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst hat jetzt seine Genehmigung zu der vom Senat der Universität beschlossenen Habilitationsordnung erteilt. Die Habilitation ist ein förmliches Verfahren, in dem die Universität durch den zuständigen Fachbereich die besondere Befähigung zu selbständiger wissenschaftlicher Arbeit in Forschung und Lehre feststellt. Die Zulassung zum Habilitationsverfahren setzt ein abgeschlossenes Hochschulstudium und die Promotion voraus.

ser Tagung werden hauptsächlich alternative Ansätze der Krisenerklärung- und -politik behandelt.

Die Oldenburger Gruppe stellt in ihrem Konzept zunächst die theoretischen Überlegungen und politischen Einschätzungen der Krise und der alternativen Reaktionsmöglichkeiten dar. Sie geht dabei von den Grenzen einer weiteren kapitalistischen Entwicklung der hochindustrialisierten Länder aus und diskutiert die Voraussetzungen der ungleichgewichtigen krisenhaften ökonomischen Entwicklung, deren Ursachen in den privaten Investitionsentscheidungen erkannt wird. Die Krise wird auch in ihrem Zusammenhang mit ökologischen, sozialen, psychischen und ideologischen Problemen gesehen, die den Begriff der »Fortschrittsentwicklung« relativieren. Als Alternativen einer zukünftigen Entwicklung sind zunehmende Zerstörung, zunehmende Verstaatlichung der Gesellschaft oder Ansätze zu gemeinschaftlich-dezentralen Produktions- und Lebensformen zu sehen. Möglichkeit und Folgen einer Wachstumspolitik werden kritisch gesehen, Alternativen werden in Richtung Arbeitszeitverkürzung, Teilzeitarbeit, Humanisierung der Arbeit und produktive Nutzung von Arbeitslosigkeit diskutiert.

Konkretisiert werden diese Überlegungen in einer Untersuchung der regionalen Arbeitsmarktentwicklung und der alternativen Reaktionsmöglichkeiten der Betroffenen in Oldenburg, Ostfriesland und im Emsland. Als Ergänzung wird an Konzepten zur Arbeitsmarktpolitik gearbeitet, die von einer zunehmenden Dauerarbeitslosigkeit ausgehen und die Schwierigkeit berücksichtigen, bestimmte Gruppen von Arbeitslosen in eine herkömmliche rentable Beschäftigung zu vermitteln. Als Alternative sollen öffentlich finanzierte Programme entwickelt werden, die Ansätze produktiver Arbeit in sinnvoller Lebensbewältigung außerhalb der privatwirtschaftlich rentablen Produktion einbeziehen.

gv/ak

Oldenburg 1945 - 1949

Für das Wintersemester 78/79 planen der Wissenschaftliche Assistent Detlev Roßmann (FB II) und Professor Eberhard Schmidt (FB III) ein Seminar, das sich mit Untersuchungen zur Politik und Kultur der Nachkriegszeit in Oldenburg beschäftigt. Untersucht werden sollen die Anfänge von Presse, Theater, Parteien, Gewerkschaften, Schulen etc. nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs. Archivmaterial, Gespräche mit Zeitgenossen u.ä. sollen die Grundlage abgeben für eine möglichst breite Dokumentation und Analyse dieses Zeitabschnittes. Zur Teilnahme eingeladen sind Studenten aller Studiengänge und die Bediensteten der Universität. Erster Besprechungstermin: Mittwoch, 5. Juli, 16.00, VG 006.

Ordnungsgemäßes Studium ist nicht mehr möglich!

Der Fachbereichsrat II hat in einem einstimmig gefaßten Beschluß, der jetzt auch dem Senat vorliegt, festgestellt, »daß mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Möglichkeiten im Fach Germanistik ein ordnungsgemäßes Studium nicht möglich ist«. Um der augenblicklichen Situation abzuwehren, sei es erforderlich, daß mindestens acht weitere Stellen für hauptamtliche Lehrende geschaffen würden. In dem Umfang, in dem dies nicht umgehend möglich sei, müsse u.a. bis zur Schaffung dieser Stellen die Finanzierung längerfristiger Lehraufträge gewährleistet sein.

Bereits bei der gegenwärtigen Personallage ist nach Aussagen des Fachbereichs ein Fehl von 67 Lehrdeputatsstunden zu verzeichnen. Zum Wintersemester 1978/79 und zum Sommersemester 1979 werde sich die Situation zunehmend verschärfen, da sich die Relation zwischen Lehrenden und Studenten eklatant verschlechtern wird.

Besonders betroffen sind schon jetzt die Studenten des 1. Studienabschnitts, in dem keine Praxisbetreuung mehr stattfindet. In den folgenden Semestern wird es nach Aussagen des Fachbereichs dann überhaupt keine Betreuung mehr geben, ebenso keine Betreuung von Germanisten in den Projekten. Aber auch für Studenten des 2. Studienabschnitts stellt sich die Situation nicht viel besser dar. 60 von ihnen können in ihren Unterrichtsvorhaben nicht betreut werden, für weitere 60 wird es

kein Projektangebot geben. Im 3. Studienabschnitt ist eine ordnungsgemäße Ausbildung nur noch für etwa ein Drittel der Studenten möglich. Im Sommersemester 79, so die Germanisten in einer Studie, müsse damit gerechnet werden, daß der Studienbetrieb in allen drei Bereichen völlig zusammenbricht.

Die Situation im Fach Germanistik wird weiterhin dadurch gekennzeichnet, daß die Lehrenden, die rund Dreiviertel ihres Lehrangebots in praxisbegleitenden Veranstaltungen und Praxisbetreuungen geben, die Studenten fachwissenschaftlich nicht mehr hinreichend qualifizieren können und auch selbst eine Dequalifikation fürchten müssen. Letztlich trifft auch der schlechte Zustand der Bibliothek die Germanisten besonders.

Um dieser Misere zu begegnen, hat die Studienkommission für die Haushaltsjahre 1976 bis 1979 eine entsprechende Personalaufstockung beantragt. Jedoch: »Von den seit mehreren Jahren geforderten Stellen ist dem Fach bisher nicht eine bewilligt worden.«

Fulbright-Stipendien

Bewerbungen um ein Stipendium der Fulbright-Stiftung in den USA sind - abweichend von der Terminangabe auf den ausgehängten Hinweisplakaten - bis zum Monatsende möglich. Die Universität Oldenburg wird in diesem Jahr erstmals eine örtliche Auswahlkommission aufstellen. Informationen beim Auslandsreferenten Klaus Winter, AVZ 2-467.

»Keine Machtergreifung der Liste« Demokratische Hochschule

Erklärung von Professor Jost von Maydell und Professor Wolfgang Pfaffenberger zur Rücknahme ihrer Kandidatur

Das Konzil hat in diesem Semester den Rektor und den Rektorstellvertreter für die mit dem 1. Oktober dieses Jahres beginnende Amtszeit, die durch das NHG als Übergangsphase bis zur Wahl des Präsidenten definiert ist, zu wählen. Der Konzilsvorstand hat die Wahl für die heutige Sitzung des Konzils festgesetzt, woraus folgt, daß Wahlvorschläge für die Rektorwahl bis zum 30. Mai beim Rektorwahlausschuß eingebracht werden mußten.

Herr Krüger und Herr Busch haben Ende Mai erklärt, daß sie für das Amt des Rektors bzw. des Rektorstellvertreters für die bevorstehende Übergangsphase auf keinen Fall zur Verfügung stehen werden. Diese Erklärung bildete den Ausgangspunkt für unsere Überlegungen und schließlich für unsere Entscheidung, uns zur Kandidatur für das Amt des Rektors und des Rektorstellvertreters bereit zu erklären.

Die Gründe für diesen Beschluß waren folgende:

1. Wir sind der Auffassung - und die Diskussionen, die wir in den letzten Tagen mit den verschiedenen hochschulpolitischen Gruppen aus allen Statusgruppen dieser Hochschule geführt haben, haben uns in dieser Auffassung bestärkt - daß auch und gerade in der Phase, in der das NHG wirksam werden wird, an der Spitze der Universität ein gewählter - und nicht ein lediglich kommissarisch amtierender - Rektor stehen muß.

Denn - auch in dieser Auffassung haben uns unsere Diskussionen der letzten Tage bestärkt - die Bewältigung oder Lösung der für die Universität in der nächsten Zeit anstehenden Probleme wird mit Sicherheit nur durch politisch handlungsfähige und legitimierte Organe und nicht bloß kommissarisch amtierende zu leisten sein. Dabei geht es nicht nur um die Frage, wie unter der Geltung des NHG die in der Grundordnung der Universität niedergelegten Prinzipien einer demokratischen Organisation wissenschaftlicher Arbeit aufrechterhalten werden können, es geht ebenso um die Frage, wie die bisher ungelösten Entwicklungs- und Strukturprobleme dieser Universität in den nächsten Jahren gelöst werden sollen.

2. Wir sind bei unserer Entscheidung zu kandidieren davon ausgegangen, daß die Wahrung der demokratischen Prinzipien der Grundordnung unter der Geltung des NHG und ebenso die Lösung der Entwicklungs- und Strukturprobleme der Universität nur möglich sein wird durch die Kooperation und nicht durch eine verschärfte Konfrontation zwischen den hochschulpolitischen Gruppen dieser Universität. Wir wollten mit unserer Kandidatur den Versuch unternehmen, hochschulinterne Fronten abzubauen und einen Diskussions- und Kooperationsprozeß mit dem Ziel der Entwicklung einer für die Universität tragfähigen und nach außen vertretbaren Konzeption einzuleiten.

Dabei war uns klar, daß wir versuchen müßten, in diesem Prozeß auch die z.Zt. im Konzil der Universität nicht vertretenen Gruppen einzubeziehen. Dieser Versuch ist nicht gelungen. Unser Angebot, einen Kooperationsprozeß einzuleiten, ist überwiegend nicht akzeptiert worden. Das würde sich im Ergebnis der heute auf der Tagesordnung stehenden Wahl niederschlagen.

Das ist vorrangig kein Zeitproblem, das sich durch eine Verschiebung der Wahl lösen ließe. Das ist auch nur zu einem Teil eine Folge der Tatsache, daß wir ohne ein ausformuliertes Programm in die Diskussionen der letzten Tage gehen müßten, wobei wir davon ausgingen, daß die Formulierung eines Programms erst das Ergebnis unserer Diskussionen sein sollte.

Das Zentrale Problem ist, daß unsere Kandidatur das Gegenteil von dem bewirkt hat, was wir wollten. Sie hat scheinbare Fronten innerhalb der Universität verschärft oder zumindest sichtbar gemacht, die unserer Auffassung nach so nicht existieren. Symptomatisch dafür ist der Verdacht, mit dem wir ständig direkt oder indirekt konfrontiert wurden, unsere Kandidatur diene »letztlich« nur der »Machtergreifung« oder auch dem »Durchmarsch« der Gruppe »Demokratische

Grolle wird neuer Schulsenator in Hamburg

Professor Dr. Joist Grolle, Historiker an der Oldenburger Universität und ehemaliger Wissenschaftsminister im Land Niedersachsen, ist von der Hamburger SPD überraschend aufgefordert worden, das Amt des Schulsenators zu übernehmen. Grolles politische Karriere begann 1970, als er direkt in den Niedersächsischen Landtag für die SPD gewählt wurde. 1972 berief ihn der damalige Kultusminister Peter von Oertzen als Staatssekretär in sein Ministerium. Zwei Jahre später wurde er Minister für das neugeschaffene Wissenschaftsressort, das er nach dem Sturz der SPD/FDP-Regierung wieder abgeben mußte. Grolle soll am 28. Juni vor der Hamburger Bürgerschaft vereidigt werden.

ELAB-Klausurtagung

Der Senat hat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, am 13. und 14. Juli die im Frühjahr begonnene Klausurtagung zum Problembereich »einphasige Lehrerausbildung« fortzusetzen. Auf der zweitägigen Veranstaltung, die vom ZpB organisiert wird, soll insbesondere die Studiensituation in den einzelnen Fächern erörtert werden. Dazu wird das ZpB Vertreter der Studienkommissionen einladen.

RZ-Vorstand

Der Senat hat kürzlich die Rechenzentrumsumordnung beschlossen. Darin ist eine kollegiale Leitung vorgesehen, die aus dem Geschäftsführer des RZ, einem Vertreter der Benutzer und einem Vertreter der Mitarbeiter besteht (RZ-Vorstand).

Hochschule« in der Universität. Was immer mit dieser Behauptung gemeint sein mag, derartige Absichten gab es nicht und gibt es nicht. Und das entsprechende Gerücht besagt mehr über das hochschulpolitische Klima innerhalb der Universität als über die Gründe für unsere Kandidatur. Und selbst wenn irgend jemand derartige Ziele verfolgt haben sollte - er hätte mit uns die falschen Kandidaten gewählt!

Das Gleiche gilt für das NHG. Es ist eine Illusion anzunehmen, es gehe im Hinblick auf die Rektorwahl um die Frage »Anwendung« oder »Nicht-Anwendung« des NHG. Wer immer künftig Rektor oder auch Präsident dieser Universität sein wird, er wird im Geltungsbereich des NHG amtierenden. Die Frage für die Universität und für die anstehende Rektorwahl ist nicht die: ob das NHG künftig angewendet wird - das NHG tritt am 1. Oktober in Kraft und jeder Rektor ist daran gebunden - die Frage kann nur lauten: wie die einzelnen Bestimmungen des NHG künftig ausgelegt und wirksam werden soll. Über diese Frage muß diskutiert werden.

Die Konsequenz aus den genannten Gründen für uns ist, daß wir unsere Kandidatur für die Wahl des Rektors und des Rektorstellvertreters für die bevorstehende Übergangsphase hiermit zurückziehen.

Wir möchten diese Erklärung verbinden mit der Aufforderung an das Konzil, an seinem in der Grundordnung festgelegten Auftrag, in diesem Semester einen Rektor zu wählen, festzuhalten. Denn zum einen gilt der Grundsatz, daß in der bevorstehenden Übergangsphase die Universität durch einen gewählten Rektor repräsentiert werden müsse, nach wie vor; und zum anderen wäre es verhängnisvoll für die Universität, wenn der über unsere Kandidatur in Gang gekommene inneruniversitäre Diskussions- und Klärungsprozeß jetzt wieder einem Gefühl des »es wird schon so weiter gehen« zum Opfer fallen würde.

Untersuchung zur Sanierung

Das Bundesministerium für Raumordnung, Städtebau und Wohnungswesen vergab einen Forschungsauftrag mit dem Thema »Ergebnis und Methoden vorbereitender Untersuchungen nach § 4 Städtebauförderungsgesetz« (StBauFG) an die Arbeitsgruppe Stadtforschung unter Professor Walter Siebel in den Studiengang Raumplanung im Fachbereich III der Universität.

Stadtsanierung bedeutet - anders als der Neubau von Wohnvierteln auf der grünen Wiese - immer auch Eingriff in die Lebensverhältnisse der Bevölkerung. In Sanierungsgebieten mit ihrer überwiegend alten Bausubstanz finden sich besonders häufig alteingesessene Bewohner, weniger zahlungskräftige Mieter - wie Studenten, ausländische Arbeitnehmer, Rentner und kinderreiche Familien - sowie kleine Handwerks- und Einzelhandelsgeschäfte. Gerade für die Gruppen bedeutet Sanierung oft eine tiefgreifende Veränderung ihrer Lebenssituation, Zerstörung nachbarschaftlicher Kontakte, Verlust billiger Wohnungen und Vernichtung der Existenzgrundlage marginaler Betriebe.

Um dieser Problematik gerecht zu werden, schreibt das StBauFG in § 4 vorbereitende Untersuchungen (VU) vor, durch die die Planung verbessert werden soll. Die VU haben daher die Aufgabe, Art und Ausmaß der Sanierungs-

bedürftigkeit, sowie die möglicherweise entstehenden persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen (nachteiligen) Auswirkungen festzustellen. Den Betroffenen sollen ferner Beteiligungsmöglichkeiten bei der Sanierungsvorbereitung geboten werden.

Mit diesen vorbereitenden Untersuchungen liegt eine Fülle von differenziertem, aber bislang völlig verstreutes, Datenmaterial über Sanierungsgebiete vor. Erstes Ziel des Forschungsvorhabens ist es, einen typisierenden Überblick über städtische Problemgebiete zu geben. Dazu sollen sekundäranalytische Verfahren auf ADV-Basis erprobt werden.

Zweitens werden die vorbereitenden Untersuchungen hinsichtlich ihrer Anlage/Konzeptionen kritisch analysiert. Eine wichtige Fragestellung dabei ist, welche Erhebungsmethoden und -konzeptionen aus der Sicht der Sanierungsbedingten geeigneter sind als andere. Hier ist das Ziel, Leitfäden mit Mindestanforderungen methodischen Empfehlungen und organisatorischen Hinweisen zu entwickeln.

Das Projekt wird von drei Wissenschaftlern der Disziplinen Stadtplanung und Soziologie bearbeitet. Der Arbeitsgruppe gehören außerdem eine Projektsekretärin an und zwei studentische Mitarbeiter (Sozialwiss.), die vor allem mit der Datenverarbeitung im Rechenzentrum der Universität beschäftigt sind. Das Projekt ist auf zwei Jahre angelegt.

Termine · Termine

Montag, 26.6.78, 9.00, VG 106. Anhörung »Sportwissenschaft«. Ulrich, Schülke, Hennig, Hopf.

Montag, 26.6.78, 15.00, G 28. Anhörung »Sportwissenschaft«. Maier, Trosien.

Mittwoch, 28.6.78, 9.00, H 6. Anhörung »Sportwissenschaft«. Körndle, Dreisbach, Reimer, Brendt.

Donnerstag, 29.6.78, 20.00, VG 001. Gastvortrag von Hanna-Beate Schöpp-Schilling (Berlin) zum Thema »Frauenstudium, Frauenforschung und Frauenforschungszentren in den USA - Neue Entwicklung«.

Montag, 3.7.78, 20.00, VG 015. Gastvortrag von Professor Dr. Thomas Leithäuser zum Thema »Empirische Untersuchungen zum Alltagsbewußtsein - Ausgangshypothesen und methodische Umsetzungen«.

Montag, 3.7.78, 9.00, D 103. Anhörung »Sportwissenschaft«. Heinrich, Czoske, Miethling, Vormbrock, Nolle.

Dienstag, 4.7.78, 14.00, VG 217. Professor Dr. Ulrich Ammon (Gesamthochschule Duisburg) hält einen Gastvortrag mit dem Titel »Probleme der Lernzielbestimmung im deutschen Sprachunterricht.«

Ausschreibungen

Fachbereich III, Tutorenstellen. Bewerber können sich Studenten, die mindestens im 4. Semester sind, keiner Doppelbeschäftigung nachgehen oder ein Stipendium erhalten (ausgenommen BaFöG) und nicht bereits drei Semester lang eine Tutorenstelle innehatten. Bewerbungen bis zum 28. Juni an die Geschäftsstelle des Fachbereichs III. Bewerbungsunterlagen sind dort erhältlich.

Dezernat 1, eine Kraftfahrerstelle (MTL VI Pauschale). Bewerbungen bis 20.6. unter Angabe der Kennziffer V 1.1. F an den Rektor der Universität.

Fachschafts-Aktion

Am 28. Juni wollen einige Fachschaften (bisher Physik, Mathematik, Biologie, Germanistik, Sport und Kunst) in einer großen Aktion in der Innenstadt auf die schlechten Studienbedingungen der Studenten hinweisen.

ELAB-Anhänge liegen vor

Die fachspezifischen Anhänge im Rahmen der ELAB-Prüfungsordnung liegen jetzt sämtlich beim Minister vor.

Personalien

Professor Dr. W. Krumbein, Hochschul-lehrer im Fachbereich IV, wurde von der »International Association of Sedimentologists« als »Convener« eines der Kongreßthemen des alle vier Jahre stattfindenden Internationalen Kongresses für Sedimentologie benannt. Thema: »Mikrobiologie und Biologie von Sedimenten«.

Professor Dr. Wolfgang Schmid, Hochschullehrer im Fachbereich II, ist als ordentlicher Professor für Slavistik mit dem Schwerpunkt Literaturwissenschaft an die Universität Hamburg berufen worden. Schmid nahm den Ruf an.

KWM für B. Vahland

Die Konferenz Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Universität Oldenburg hat den Rektor nachdrücklich dazu aufgefordert, sich für eine Verlängerung der sechs Jahre befristeten Assistentenstelle von Barbara Vahland einzusetzen.

Geographie als politische Bildung

Nachdem bereits im Heft 5 der Geographischen Hochschulmanuskripte (GHM) eine Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe II zum Thema »Ballungsgebiete und räumliche Disproportionalitäten (BRD)« enthalten ist, sind im nun erschienenen Heft 6 der GHM wiederum Beiträge und Materialien für den Unterricht zu verschiedenen Themen enthalten. Das Heft 6 »Geographie als politische Bildung dokumentiert die Referate und die dazugehörigen Unterrichtsmaterialien sowie die Ergebnisse der im Dezember 1977 in Rastede vom Zentrum für pädagogische Berufspraxis und der Gesellschaft zur Förderung regionalwissenschaftlicher Erkenntnisse veranstalteten Experten- und Klausurtagung. Der Band ist im ZpB, im AVZ 3-407, 408, 409 sowie über die Gesellschaft zur Förderung regionalwissenschaftlicher Erkenntnisse, Postfach 1940, 29 Oldenburg, erhältlich.

Publikation des ZpB

In der Reihe »Berichte aus den Projekten« erschien als P7 ein Bericht über ein Projekt im 2. Studienabschnitt: »Lernen mit Hand und Kopf. Ein fächerübergreifender Lernversuch für Schüler und Lehrer in der Sekundarstufe I«. (8,- DM). Dieser Bericht stellt die Entwicklung und Durchführung einer alternativen Unterrichtseinheit für Hauptschüler vor. Darüber hinaus wurden illustrierte Schülerarbeiten abgedruckt, die das Ergebnis dieser Unterrichtseinheit waren. Der Bericht dreht sich um die Frage, sind im institutionellen Rahmen der Schule Lernprozesse möglich, die nur dem Lerninteresse der Jugendlichen selbst genügen.